

Neukölln im Umbruch: Integrationsbeauftragte warnt vor zunehmender Gewalt!

In Berlin wächst die Besorgnis über steigende Gewalt gegen Schwule und Juden. Integrationsbeauftragte Güner Balci kritisiert die Flüchtlingspolitik und die fehlende Auseinandersetzung mit diesen Themen.



Berlins Integrationsbeauftragte Güner Balci bringt
Alarmstimmung in Neukölln, wo gefährliche Spannungen
zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zunehmen. In
einem brisanten Interview machte sie unmissverständlich klar,
dass die Sicherheit für Schwule und Juden in bestimmten
Stadtteilen gefährdet ist. Dies stellt einen alarmierenden Trend
dar, der von Polizeipräsidentin Barbara Slowik bestätigt wird. Die
Situation ist so kritisch, dass Eltern sich offen weigern, ihre
Kinder an Schulen in Neukölln anzumelden, wie Balci berichtet.
Die Zunahme homophober, antisemitischer und
frauenfeindlicher Übergriffe in den muslimischen

Nachbarschaften ist nicht zu ignorieren, was auch die Berliner Gesellschaft stark polarisiert. Dies berichtet die **BZ Berlin**.

Unerträgliche Zustände und massive Kritik an der Politik

Balci äußerte sich scharf über die Flüchtlingspolitik der ehemaligen Kanzlerin Angela Merkel, die ihrer Meinung nach die Realität vor Ort nicht erkannt hat. Besonders anstößig ist für sie, dass Merkel mit extremistischen Gruppen sympathisiert habe. In ihrem kritischen Blick sagt Balci: "Menschen, die die Geschicke dieses Landes leiten, sind offenbar noch zu wenig konfrontiert mit diesen Lebenswelten." Ihre Worte treffen den Nerv, denn sie beobachtet in Neukölln einen besorgniserregenden Anstieg von Antisemitismus. Die Beurteilungen der Taten der Hamas finden in bestimmten Milieus Beifall, was die Integrationsbeauftragte als "traurige Tatsache" bezeichnet und die Situation weiter brisant macht, wie sie in den Tagesschau äußerte. Anzeichen von Zustimmung zu den Handlungen der Hamas sind deutlich präsent, was laut Balci alarmierende gesellschaftliche Folgen hat.

Balci begrüßt das geplante Verbot der Organisation "Samidoun", um ein klares Zeichen gegen diesen Extremismus zu setzen: "Man setzt ein klares Zeichen für die vielen jungen Menschen, die vielleicht noch gar nicht so klar entschlossen sind." Dennoch warnt sie, dass Verbote allein nicht ausreichen, um die Wurzel des Problems zu bekämpfen. Viele Jugendliche in diesen Kontexten besitzen bereits die deutsche Staatsbürgerschaft. Balcis umfassender Blick auf das Thema zeigt, dass die Herausforderungen in Neukölln komplex sind und er fortwährender Aufmerksamkeit bedarf.

Details	
Quellen	 www.bz-berlin.de
	 www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de